

FÜR EINE SOLIDARISCHE LÖSUNG DER KRISEN.

GEGEN CORONA UND KAPITALISMUS!



MAKE THE RICH
PAY FOR COVID 19



NI
UNA
MENOS



#LEAVE
NOONE
BEHIND

SYSTEM
CHANGE
NOT
CLIMATE
CHANGE

STREIK





In den vergangenen Monaten hat die Corona-Pandemie das Leben zahlreicher Menschen grundlegend verändert und tiefe Einschnitte in der Gesellschaft hinterlassen. Die Situation von vielen Menschen hat sich in dieser Zeit deutlich verschlechtert. Nicht nur aufgrund der direkten Infektionsgefahr, sondern auch durch die damit verbundenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen. In dieser Zeit ist deutlich geworden, wie unsicher und prekär unsere Leben eigentlich sind: Der Arbeitsplatz kann von einem Tag auf den anderen weg sein, die Ersparnisse reichen kaum für die Miete der nächsten zwei Monate, vor allem Frauen müssen zusätzliche unbezahlte Hausarbeit, wie Kinderbetreuung, auffangen und sind in den eigenen vier Wänden mit der steigenden Gefahr patriarchaler Gewalt konfrontiert. Ohne die notwendige technische Ausstattung und den Austausch mit Freund*innen macht uns der Leistungsdruck in der Schule oder der Universität noch mehr fertig und mit dem Wegfall sozialer Kontakte drohen wir zu vereinsamen und haben Angst, alleine zu sterben. Gleichzeitig ist für viele ein Abstandhalten trotz bestehender Ansteckungsgefahr nicht möglich, weil sie sich ein überbelegtes Zimmer mit Familie, Arbeitskolleg*innen oder Fremden teilen müssen oder weil sie aufgrund eines falschen Passes zu Hunderten in Lagern mit mangelhaften hygienischen Standards untergebracht sind.

Das sind keine direkten Folgen von Corona. Ein Virus kann schwerlich Arbeitnehmer*innen entlassen oder Mieter*innen aus der Wohnung werfen. Es ist der Ausdruck des kapitalistischen Systems, in dem Profite über dem Wohl der Menschen und der Natur stehen. Dank der Logik dieses Systems können einige Unternehmen selbst in Corona-Zeiten noch Milliarden-Gewinne einfahren. Derselben Logik folgend, können das öffentliche und kulturelle Leben sowie unsere Freizeit immer weiter eingeschränkt werden, während wir weiter zur Lohnarbeit müssen und uns dabei in Bussen, Zügen, Büros, Fabriken und Logistikzentren der Ansteckungsgefahr aussetzen. Bildung, Wohnraum und Gesundheit sind im Kapitalismus nichts anderes als Waren, die nicht als ein notwendiges Grundrecht allen und jederzeit zur Verfügung stehen, sondern immer stärker nach Marktgesetzen organisiert sind. Kleinere Schulklassen, allumfassender Gesundheitszugang und würdiger Wohnraum sind eben nicht möglich, wenn mit diesen möglichst hohe Gewinne für einige Wenige gemacht werden sollen.

Dabei sind staatliche Regierungen ganz offensichtlich keine geeig-

neten Verbündeten, um diese Krisen in unserem Sinne zu lösen: Mit den milliardenschweren Hilfspaketen werden weniger Arbeitsplätze als vielmehr die Prämien für Aktionär*innen von Großkonzernen wie BMW oder Lufthansa gerettet. Im selben Atemzug werden knallharte Sparprogramme durch die Politik angekündigt. Die wirtschaftlichen Folgen der Krisen sollen also von oben nach unten durchgereicht und auf dem Rücken von Arbeiter*innen, Mieter*innen und Arbeitslosen ausgetragen werden. Gleichzeitig drohen die repressiven Maßnahmen, die im Corona-Ausnahmestand verhängt wurden, über die Pandemie hinaus zur Einschränkung von demokratischen Grundrechten zu führen. Dadurch werden etwa zukünftig Arbeitskämpfe, Demonstrationen oder die Nutzung des öffentlichen Raums eingeschränkt.

Selbst wenn die Corona-Pandemie also zeitnah unter Kontrolle gebracht wird, werden die Unsicherheiten aus unseren Leben nicht verschwinden. Die Aushandlung der wirtschaftlichen Krise ist bereits im vollen Gange und die politischen, sozialen und ökologischen Folgen verschärfen sich weiter. Das Krisenmanagement der Regierung hat gezeigt, dass wir nicht alle in einem Boot sitzen. Die Krisen werden uns nicht alle gleich treffen, sondern schlagen je nach Klasse, Geschlecht und Herkunft zu.

Wir fordern daher eine solidarische Lösung dieser Krisen! Das bedeutet nicht, dass wir einfach die Zeit zurückdrehen und in eine Normalität vor Corona zurückkehren, denn diese Normalität war das Problem. Wir fordern die Überwindung der systemischen Logiken, entlang derer wir tagtäglich ausgebeutet und unterdrückt werden. Wir fordern ein Leben in Solidarität und Würde! Das bedeutet ebenso wenig, dass wir einfach an die Regierung appellieren und darum bitten, dass diese Sachen verbessert werden. Stattdessen treiben wir den Aufbau sozialen Widerstands und solidarischer Netzwerke von unten an, um Druck aufzubauen, diese Forderungen durchzusetzen und endlich selbst über unsere Leben bestimmen zu können.

Wir sind gegen Corona, weil wir das Virus ernst nehmen und eine weitere Ausbreitung konsequent stoppen wollen. Wir sind gegen Kapitalismus, weil in diesem System der Profit wichtiger ist als die Gesundheit der Menschen und das Wohl des Planeten. Erst dadurch konnte die Pandemie dieses Ausmaß annehmen.

Für eine solidarische Lösung der Krise(n)!

Die aktuelle Coronapandemie verschärft bestehende soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter. So sind es insbesondere Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und arbeiten, die von der Krise betroffen sind. Sie sind es, die wichtigen und oft schlecht bezahlten Beschäftigungen nachgehen, welche mit einem hohen Infektionsrisiko verbunden sind. Sie sind es, deren Arbeitsverhältnisse durch die Krise bedroht sind und die es sich gleichzeitig nicht leisten können, wegen Grippe-Symptomen Zuhause zu bleiben. Sie sind es, die mit schwereren Corona-Verläufen rechnen müssen, da sie sich nicht angemessen schützen können und/oder an bestehenden Vorerkrankungen leiden. Die Zahlen belegen: Wer gesund bleibt, entscheidet das Geld!

Die herrschende Klasse dagegen kann die Pandemiezeit relativ gemütlich zu Hause absitzen. Manche werden sogar reicher aus dieser Krise hervorgehen, als sie hineingegangen sind.

Auch während Corona: Wer hat, dem wird gegeben

Die sogenannten "Leistungsträger*innen" der Gesellschaft werden von der Regierung unterstützt, entlassen trotzdem massenweise Menschen und schicken viele weitere in Kurzarbeit. Gleichzeitig werden zum Beispiel Soloselbstständige viel zu lange ignoriert, Bezieher*innen von Transferleistungen (z.B. Arbeitslosengeld) werden bewusst ausgeklammert, obwohl sie mit höheren Ausgaben während der Pandemie zu kämpfen haben. Das altebekannte Konzept von "wer hat, dem wird gegeben" wird in der Pandemie unhinterfragt weitergeführt.

Ungleichheit nicht erst durch die Pandemie!

Wir machen uns keine Illusion, soziale Ungleichheit gab es auch schon vor Corona. Sie verschärft sich seit Jahrzehnten zunehmend. Wir können und wollen nach der Pandemie nicht zurück zu einer Politik des neoliberalen Populismus, welche die Fragen der Klassenverhältnisse ausklammert.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Die Reichen müssen für die Krise bezahlen! Die Kosten der Pandemie dürfen nicht auf die unteren Klassen abgewälzt werden!
Für eine nachhaltige Sozialpolitik auch nach der Krise: Umverteilung von oben nach unten!
- Armut und prekäre Lebensverhältnisse sind kein individuelles Problem. Die im Kapitalismus bedingten systemischen Ungleichheiten müssen sichtbar gemacht und bekämpft werden!
- Die klassistische Unterdrückung der unteren Klassen muss benannt werden. Ihre Interessen gilt es zu vertreten, nicht die des Kapitals!

Treten wir dem Klassenkampf von oben entschlossen entgegen!

Corona zeigt, welche Arbeit gesellschaftsrelevant ist

In der Corona-Krise wurde allzu deutlich, wer unter welchen Bedingungen die gesellschaftlich wirklich relevante Arbeit leistet: Ähnlich wie die Pflegekräfte sind das Personal im Logistik- und Transportsektor, der Lebensmittelproduktion sowie Verkäufer*innen, Reinigungskräfte, Sozialarbeitende oder Erzieher*innen häufig weiblich und/oder migrantisch und darüber hinaus prekär beschäftigt und unterbezahlt.

Als Belohnung nur Applaus

Obwohl die Leistungen dieser Berufsgruppen zu Beginn der Krise seitens der Politik lautstark anerkannt und dabei auch die schlechten Arbeitsbedingungen thematisiert wurden, hat sich an dieser Situation nichts geändert. Im Gegenteil: Während die, die den Laden hier am Laufen halten, mit dem fortschreitenden Abbau von Arbeitsrechten und wenn überhaupt mit symbolischen Prämien abgespeist wurden, fließen die Milliarden aus den Hilfspaketen an große Aktienkonzerne.

Arbeiten erlaubt, leben verboten

Während im Lockdown de facto auf sämtliche soziale Kontakte und Freizeitaktivitäten verzichtet werden soll, läuft die Arbeit in den Büros, Betrieben, Logistikzentren, Ernte- und Schlachthöfen weiter. Pendler*innenzüge und Busse sind weiter voll. Damit die Warenproduktion und der Profit weiter laufen, wird in den Hallen von Amazon oder an den Fließbändern des Fleischfabrikanten Tönnies bewusst die Gesundheit der Arbeiter*innen verkauft.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Alle Kolleg*innen in den gesellschaftsrelevanten Bereichen wie Pflege, Sozial- und Gesundheitswesen, Lebensmittelproduktion, Logistik, Kultur usw. müssen angemessen entlohnt werden!
- Durchsetzung sicherer Arbeitsbedingungen auf Kosten der Arbeitgeber*innen!
- Berufsgenossenschaften sollen Infektionen am Arbeitsplatz und daraus resultierende Langzeitfolgen als Arbeitsunfälle anerkennen!
- Finanzielle Entschädigungen aller Entlassenen oder auf Kurzarbeit gesetzten Kolleg*innen!
- Ein Verbot von Outsourcing und Leiharbeit!
- Unterstützung aller Streiks und Kämpfe für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen!
- Stärkung von Arbeiter*innenrechten und Betriebsräten - gerade jetzt!
Vergesellschaftung der Produktion unter demokratischer Kontrolle!

Für eine Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen dient und nicht der Profitmaximierung!

**Gewalt entsteht in Machtverhältnissen**

Jeden Tag üben vor allem cis-Männer Gewalt gegenüber Frauen und queeren Personen aus. Während der Pandemie verschärft sich diese Situation. Vor allem in privaten Räumen, in Unterkünften für Menschen mit Behinderung oder für geflüchtete Menschen. Die Gewalt ist nicht durch die Krise entstanden. Sie ist der Normalzustand in einer patriarchalen Gesellschaft und war auch vor Corona ausreichend bekannt.

Sie nennen es Liebe - Wir nennen es Arbeit!

(Care)-Arbeit, also sorgende und pflegende Tätigkeiten, ist für alle Menschen von grundlegender Bedeutung. Die Erwartung, Care-Arbeit zu leisten, richtet sich vor allem an Frauen und queere Personen. Die Arbeit, die jeden Tag im privaten Bereich geleistet wird, geschieht oft zusätzlich zur Lohnarbeit. Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit oder emotionale Arbeit (zuhören, anlächeln, trösten) - all diese Tätigkeiten sind unbezahlt und ungerecht verteilt. Sorgearbeit geht alle etwas an! In der Krise wird deutlich, dass viele gesellschaftlich relevante Tätigkeiten vor allem von Frauen ausgeübt werden. Ob in Erziehung und Bildung oder Pflege, das System basiert auf der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, Lebenszeit und Fähigkeiten.

Profitierende in Verantwortung ziehen

Cis-Männer sind für ihr Handeln und vor allem auch für ihr Nichthandeln verantwortlich. Sie profitieren auf vielen Ebenen von den unterdrückenden und ausbeutenden Verhältnissen in der Gesellschaft. Diese werden durch ihr Handeln (und Nichthandeln) gestützt und gefestigt. Die Aufwertung von Männlichkeit funktioniert nur durch die gleichzeitige Abwertung von Weiblichkeit. Es liegt in der klaren Verantwortung der Profitierenden die binären Geschlechterverhältnisse zu durchbrechen und daraus resultierende patriarchale Gewalt zu beenden.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Bedarfsgerechte Schutz- und Beratungsangebote für alle Betroffenen von geschlechtsbezogener Gewalt – Frauennotrufe, Autonome Mädchen- und Frauenhäuser stärken!
- Care-Arbeit ist Mehrarbeit - Care-Arbeit sichtbar machen, anerkennen und gerecht verteilen!
- Gerechte Entlohnung und Anerkennung für Care-Berufe. 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, um mehr Lebenszeit für Sorgearbeit zu schaffen! Entscheidungsstrukturen mit Care-Arbeitenden besetzen!
- Gleicher Lohn unabhängig von Geschlecht oder Herkunft!
- Männer übernehmen Care-Arbeit und die notwendige Verantwortung in der Abschaffung von patriarchaler Gewalt! Schafft Platz für geschlechtliche Vielfalt!

Für ein Leben in Vielfalt und für die Befreiung Aller

- Zusammen das Patriarchat zerschlagen!



Ungleicher Zugang zu Bildung

Durch Corona verschärft sich der ohnehin schon ungleiche Zugang zu Bildung. Nicht alle Schüler*innen können am Onlineunterricht teilnehmen, weil hierfür oftmals die bezahlbare technische Ausstattung fehlt. Andere Schüler*innen können nicht auf Hilfe von ihren Eltern zurückgreifen oder müssen sich um Familienangehörige kümmern. Gleichzeitig können nicht alle Schüler*innen (Risikopatient*innen oder Kontaktpersonen solcher) am Unterricht teilnehmen, weil es häufig keine Alternative zum Präsenzunterricht gibt.

Erhöhter Leistungsdruck und Konkurrenz

Der ohnehin schon enorme Leistungsdruck in Schulen wurde durch die Coronakrise weiter verschärft. Hier wird deutlich, dass sich das existierende Bildungssystem nicht an den Interessen der einzelnen Schüler*innen orientiert, sondern darauf ausgelegt ist, sie in den profitorientierten Arbeitsmarkt einzugliedern.

Wenn Betreuung zur Aufbewahrung wird

In der letzten Zeit wird der Präsenzunterricht mit dem Argument der "gleichen Bildungschancen für alle" verteidigt. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Schulen im Präsenzunterricht nicht nur als Orte gleicher Bildungschancen propagiert werden. Schulen werden auch als Betreuungsort genutzt, der die Arbeitskraft der Eltern freisetzt. Schulen werden so also auch zum Aufbewahrungsort, damit ebendiese Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet werden kann.

Es entscheiden die Falschen

Häufig treffen Menschen in Machtpositionen Entscheidungen, ohne ihre Konsequenzen erleben zu müssen, oder überhaupt direkte Erfahrungen im jeweiligen Themengebiet zu haben. Während Corona wird dies in der Schule deutlich sichtbar. So werden oftmals Maßnahmen vorgegeben, welche weder umsetzbar sind – noch den gewünschten Effekt erreichen.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Präsenzunterricht ermöglichen – Kleinere Klassen und Schutzausstattung wie Lüftungsanlagen in Klassenräumen gewährleisten!
- Freiwillige Teilnahme am Präsenzunterricht!
- Gleichwertiges Angebot an Online-Unterricht!
- Kostenloser Zugang zu technischen Geräten und Hilfsangeboten!
- Schutzmaterial wie FFP2-Masken für Alle und umsonst!
- Beteiligung derer, die von Entscheidungen betroffen werden
- Gesundheit vor Profit- und Leistungsinteressen des kapitalistischen Systems

Wir kämpfen für ein Bildungssystem, das sich an den Lebensumständen und einzelnen Interessen der Schüler*innen orientiert. Für ein Bildungssystem, dessen Ziel die Bildung der Schüler*innen ist und nicht der Profitmaximierung im kapitalistischen System dient.



Gesundheit = Profit

Das Gesundheitssystem und die Altenpflege wurden in den letzten Jahrzehnten systematisch kaputt gespart und privatisiert. Mit unserer Gesundheit soll möglichst viel Profit gemacht werden, was auch heißt, dass wir möglichst wenig Kosten verursachen

sollen. Dies geschieht zu Lasten unserer Gesundheit und auf dem Rücken von Kolleg*innen in Krankenhäusern, Altenheimen und anderen Pflegeeinrichtungen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen sind teilweise katastrophal. Das Personal ist chronisch überlastet und gleichzeitig ist der Lohn viel zu niedrig. Von der Politik gibt's nur Applaus, aber keine materielle Verbesserung.

Der Markt regelt nen Scheiß

Wenn Krankenhäuser wie Unternehmen geführt werden sollen, müssen diese auch Gewinne abwerfen. Das führt zu der eigentlich unvorstellbaren Situation, dass Krankenhäuser mit Covid-Patient*innen voll belegt sind, doch die Finanzierung der Kliniken und Arbeitsplätze nicht mehr sichergestellt ist. Fast ein Zehntel aller Krankenhäuser in Deutschland sind aktuell von der Insolvenz bedroht, weil die notwendige finanzielle Unterstützung durch den Staat fehlt.

Krank macht nicht nur das Virus, sondern das System

Diese Entwicklungen folgen keinen Naturgesetzen oder notwendigen Sachzwängen, sondern den Logiken eines profitorientierten Systems. Im Kapitalismus soll auch mit der Gesundheit der Menschen möglichst hohe Gewinne gemacht werden. Deshalb werden Krankenhäuser wie wirtschaftliche Unternehmen geführt, Medikamente werden monopolisiert und die Patient*innen vorrangig behandelt, die Geld abwerfen könnten. Diese Profitorientierung richtet sich gegen die Gesundheit des Menschen.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Bessere Ausstattung, mehr Personal und höhere Löhne im Gesundheitssektor!
- Sichere Hygienekonzepte statt Isolierung von Patient*innen und zu pflegenden Menschen – Regelmäßige Coronatests und notwendige Schutzkleidung für Besucher*innen, Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Altenheimen!
- Der Sumpf der Pharmaindustrie muss trocken gelegt werden – Für eine am Gemeinwohl orientierte Forschung, Produktion und Verteilung von Medikamenten!
- Gesundheit ist keine Ware – Für ein Ende der Privatisierung!
- Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin: uneingeschränkte Gesundheit für alle!
- Gesundheit, Altenpflege und Sozialarbeit müssen demokratisch organisiert sein und dürfen nicht in der Hand von profitorientierten Unternehmen liegen!

**Unsere Gesundheit ist keine Ware auf dem kapitalistischen Markt!
Keine Profite mit unserer Gesundheit!**



Wohnungsnot für Mieter*innen, Milliarden Gewinne für Immobilienkonzerne

Bezahlbarer und gesicherter Wohnraum ist während der Pandemie für noch mehr Menschen zum existenziellen Problem geworden. Ursache ist dabei die kapitalistische Verwertung der lebensnotwendigen Ressource "Wohnraum". Denn obwohl es eigentlich genügend Wohnraum für alle gibt, wird dieser für viele Menschen zu unerschwinglichen Preisen vermietet. Und während Wohnungskonzerne wie Vonovia trotz Corona weiter Milliarden Gewinne einfahren, wird es für uns immer schwieriger bei Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit weiter die Miete und Energiekosten zu zahlen.

Wenn Abstandhalten nicht möglich ist

Gleichzeitig ist das viel geforderte Abstand halten, das die Verbreitung von Corona verlangsamen soll, für Viele eine kaum umsetzbare Aufforderung. Obdachlose, Geflüchtete und Gefangene sind durch die Unterbringung in Lagern, Sammelunterkünften und Knästen besonders gefährdet an Covid-19 zu erkranken. Gesundheit und Würde hängen jedoch auch von der Verfügbarkeit von Wohnraum für alle Menschen ab!

Solidarische Wohnzusammenhänge

Wohnzusammenhänge können ein Netzwerk sein, um sich gegen die Isolation zu verbünden. Nachbarschaften, WG's, Wohnprojekte oder Familien können zusammen der Vereinzelung entgegenwirken, sich gemeinsam organisieren und sich umeinander kümmern. Der temporäre Verlust naher Bezugspersonen kann durch ein solidarisches Miteinander im Wohnzusammenhang abgefangen werden.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Keine Miete während Corona! Erlass aller Mietschulden!
- Stopp aller Zwangsräumungen! Stopp aller Wasser-, Gas- und Stromsperrungen!
- Auflösung von Sammelunterkünften und Lagern! Stattdessen ausreichende und dezentrale Unterbringung für alle Menschen ohne festen Wohnsitz und Geflüchtete!
- Neue Wohnkonzepte bzw. alternative Wohnformen anerkennen und fördern!
- Wohnraum für alle, und zwar umsonst!
- Kollektivierung von Wohneigentum und Nutzung von Leerstand!

Die Häuser denen, die drin wohnen – Für ein selbstbestimmtes und freies Leben für alle!

Isolation, aber kein Abstand für Menschen auf der Flucht

Die Isolation von Geflüchteten in Sammelunterkünften hat sich unter Corona nochmals erhöht. Wird vielerorts penibel auf die Einhaltung von Abstandsregelungen geachtet, sind geflüchtete

Menschen weiterhin gezwungen, auf engstem Raum zusammenzuleben und damit einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Der Zugang zu Sprachkursen, Arbeitsmöglichkeiten sowie die Kontakte zu Unterstützer*innen sind hingegen stark eingeschränkt.

Kein Zuhause, keine Perspektive

Die ohnehin katastrophalen Lebensbedingungen in Geflüchtetenlagern wie denen auf Lesbos (Griechenland) haben sich unter Corona nochmals deutlich verschlechtert. Neben Corona macht das Leben in Kälte, Hunger und Perspektivlosigkeit die Menschen krank. Die Aufnahme von Geflüchteten in der EU wird weiterhin verweigert.

Mörderische Abschottung

Dieselben Regierungen, die vielerorts in Europa Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung und Ökonomie im Schnellverfahren durchsetzen, lassen seit Jahren wissentlich Menschen auf ihrer Flucht vor Krieg, Folter, Hunger und Armut an den europäischen Außengrenzen sterben. Seenotretter*innen und Unterstützer*innen von Geflüchteten werden weiterhin kriminalisiert und in ihrer Arbeit behindert.

Abschiebungen trotz globaler Krise

Abschiebungen in Krisengebiete wie Somalia und Äthiopien finden trotz einer Pandemie statt; die Wiederaufnahme von Abschiebungen in weitere Länder wird diskutiert. Und auch die Eröffnung des Abschiebegefängnisses in Glückstadt (Kreis Steinburg) ist weiterhin für Anfang 2021 geplant.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Sofortige Evakuierung der Geflüchtetenlager an den europäischen Außengrenzen und eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten!
- Entkriminalisierung von Seenotretter*innen und Unterstützer*innen von Geflüchteten!
- Uneingeschränkter Zugang zu Wohnraum, Arbeit, Kultur und (medizinischen) Versorgungsstrukturen für alle Geflüchtete!
- Stopp aller Abschiebungen, unter Coronabedingungen und auch sonst!
- Kein Abschiebegefängnis in Glückstadt und anderswo!
- Praktische Solidarität mit Geflüchteten statt Ausgrenzung und Diskriminierung!

Grenzsicherungen, Abschottung und Abschiebung sind kein Schutz gegen das Corona Virus, sondern Ausdruck eines rassistischen Herrschaftssystems. Unsere Solidarität kennt keine Grenzen! Bewegungsfreiheit für alle, Lockdown für Rassismus!



Patente töten - Medizin für Alle!

Statt in der Krise solidarisch zu handeln, blockiert die EU unter Vorsitz von Deutschland die Forderung nach patentfreien Covid-Impfstoffen und der Aussetzung von geistigen Eigentumsrechten und sichert damit einzelnen Pharmaunternehmen Milliardenprofite. Damit verhindert die EU einen gerechten Zugang und die schnellere Produktion von mehr Impfstoff und Diagnosemethoden für alle Menschen, egal ob auf der Nord- oder Südhalbkugel.

Der Kampf um Befreiung ist international

Die Krise wird weltweit dafür genutzt, soziale Kämpfe für ein gerechtes und würdevolles Leben noch intensiver und gewaltvoller durch staatliche Maßnahmen z.B. in Wallmapu (Chile/Argentinien) oder Kriegstreiberei bswp. in Kurdistan zu unterdrücken. Die Knäste sind voll mit Gefangenen, die extremer Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind. Durch die Verschiebung vom Fokus der Medien auf die neusten Coronazahlen können Diktaturen und Autokrat*innen noch ungestörter soziale Bewegungen gewaltvoll unterdrücken. Dennoch lassen sich Menschen von Belarus über Kurdistan bis nach Chile nicht einschüchtern und halten fest an einer möglichen Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

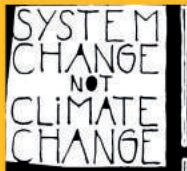
Deutschland befeuert die Gewalt weltweit durch Rüstungsexporte (4,9 Milliarden Euro in 2020) insbesondere in Kriegsgebiete und erhöht nebenbei noch den "Verteidigungshaushalt" auf den neuen Höchststand seit Ende des zweiten Weltkrieges. Die Summe von 50,32 Milliarden Euro (2020) ist weit über das Doppelte, was jährlich für Bildung und Forschung ausgegeben wird, und weit über 10 Milliarden Euro mehr als für den Gesundheitssektor.

Eine massive Aufrüstung und Militarisierung ist zurzeit in der gesamten Europäischen Union insbesondere im Bereich der sogenannten "inneren Sicherheit" und des Ausbaus des Grenzregimes geplant.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Abschaffung von geistigen Eigentumsrechten auf pharmazeutische Produkte – denn Arzneimittel sind globale öffentliche Güter. Pharmaunternehmen enteigen!
- Mit Gesundheit darf kein Profit erwirtschaftet werden! Medizin für Alle!
- Rüstungsindustrie einstampfen - Betriebe demokratisieren und Produktion umstellen!
- War starts here – Lets stop it here – Die Milliarden werden dringend woanders gebraucht!
- Solidarität und die aktive Förderung sozialer und revolutionärer Kämpfe weltweit! Keine Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Handel mit unterdrückenden Regimen!

Die Pandemie zeigt: Wir sind abhängig voneinander und das nicht nur in unserem nächsten Umfeld, sondern weltweit. Deshalb kann die soldarische Lösung der Coronakrise nur eine Internationale sein!



Klimakrise ernst nehmen

Die Folgen von Corona lassen sich nicht ignorieren. Die Bedrohung durch den Klimawandel hingegen ist bei vielen zwar anerkannt, aber für in Deutschland aufgewachsene Menschen eher ein abstraktes Problem. Für Menschen im globalen Süden hingegen sind die Folgen des Klimawandels schon jetzt durch Dürren oder Überflutungen spürbar. Diese gesellschaftliche Stimmung befördert es, dass die deutsche Regierung bei Corona zu härteren Maßnahmen als beim Klimaschutz greift.

Hilfen für Menschen - nicht für klimaschädliche Wirtschaft

Bei staatlichen Corona-Hilfen werden die Wirtschaftszweige gestärkt, die eine starke Lobby haben, wie beispielsweise Kreuzfahrtunternehmen - auf ökologische Kriterien wird dabei nicht geachtet. Dadurch wird ein in ökologischer Hinsicht katastrophaler Zustand aufrecht erhalten. Der Fokus auf die Wirtschaft verhindert auch, dass stärkere Klimaschutz-Maßnahmen ergriffen werden, weil diese - zumindest kurzfristig - die deutsche Wirtschaft schwächen könnten.

Klimaschutz von unten organisieren

Wir halten es für gefährlich, wenn gefordert wird, dass die Regierung beim Klimaschutz härter durchgreifen soll. Stattdessen sollten Menschen mehr Möglichkeiten haben, über das zu entscheiden, was sie direkt betrifft. Wenn Menschen gemeinsam und gleichberechtigt entscheiden, dann wählen sie in der Regel umweltfreundliche und soziale Varianten: Grün-bewachsene Tramtrasse statt vielbefahrener Autostraße. Gemeinschaftsgarten statt betoniertem Hinterhof.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Corona-Hilfen für gesellschaftlichen und ökologischen Wandel - keine Hilfen für klimazerstörende Geschäfte wie Flüge und Kreuzfahrt!
- Lokales Leben möglich machen – Ärzt*innen, Supermärkte, Parks und Arbeitsplätze müssen zu Fuß, mit Fahrrad und ÖPNV erreichbar sein!
- Grünflächen erhalten und autofreie Zonen erweitern! Pandemiegerechtes Frischlufttanken für Alle statt Möbeldiscounter und Autobahnen!
- Energieversorgung in Bürger*innenhand - Wasser und Strom müssen krisensicher und erneuerbar sein! Keine Abhängigkeit von privaten Großkonzernen!
- Menschen die Entscheidungen über direkte Umwelt überlassen - Entscheidungsmacht von Politiker*innen abbauen!
- Global denken und Verantwortung übernehmen - Die Folgen der Klimakrise nicht auf andere abwälzen!

Klimagerechtigkeit jetzt, die nächste Krise verhindern!



DEMOKRATISCHE GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN!

Wenn Pandemievorbeugung zu Repression wird

Gewiss sind manche Einschränkungen des öffentlichen Lebens notwendig, um das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. Doch sind viele der staatlichen Eingriffe auch von links scharf zu kritisieren. So wurden in den letzten Monaten bestimmte Maßnahmen zur Verhinderung von Demonstrationen oder Streiks genutzt und „Corona-Listen“ zur Besucher*innenregistrierungen in Restaurants oder kulturellen Einrichtungen von der Polizei für Ermittlungen zweckentfremdet.

Vielmehr öffnen die repressiven Maßnahmen Tür und Tor für willkürliche und rassistisch motivierte Polizeikontrollen und verschärfen die soziale Situation vieler Menschen. Patriarchale Gewalt und die psychischen Folgen von Einsamkeit und Isolation sind während Corona gestiegen und werden durch Ausgangssperren noch massiver steigen.

Überall Verbote, nirgendwo Gerechtigkeit

Ebenso wurde das weitreichende Infektionsschutzgesetz ohne größere Debatte in einem Schnellverfahren durchgedrückt. Damit besteht die Gefahr, dass diese Gesetze und der Ausnahmezustand über die Pandemie hinaus festgeschrieben werden, vor allem die Ausweisung von Verbotszonen und die Verhängung von Ausgangssperren. Diese massiven Einschränkungen unserer Freiheitsrechte stehen mit den erhofften Ergebnissen dieser Einschränkungen in keinem Verhältnis. Während man morgens in der überfüllten Bahn zur Arbeit fahren darf, gibt es mancherorts ein saftiges Bußgeld, wenn man nach 22 Uhr alleine auf der Straße abhängt.

Für eine solidarische Lösung der Krisen fordern wir:

- Der Ausnahmezustand darf nicht zum Normalzustand werden!
- Kein Lockdown unserer Grundrechte!
- Keine Einschränkungen von Streiks, Arbeitskämpfen und Demonstrationen!
- Rassistische Polizeikontrollen verhindern - rechte Netzwerke in der Polizei aufdecken und bekämpfen!
- Demokratische Kontrolle der Gesellschaft statt rechtsfreie Räume im Polizeiapparat

Keine Ausgangssperren und Einschränkungen demokratischer Grundrechte – Solidarische Gesellschaft statt starker Staat!



Die gefährlichen Lügen von rechts

Der selbsternannte Corona-Widerstand wie Querdenken oder Qanon ist durchsetzt von rechten Verschwörungsideologien. In ihren Verschwörungserzählungen stecken oftmals rassistische und antisemitische Ideologien. Zum Beispiel die von einer Finanzelite, die das Blut von Kindern trinkt. Unter anderem diese Theorie rechtfertigte in Nazideutschland die Deportation und Ermordung von tausenden Jüd*innen und Juden. Querdenken bietet Anschluss für antisemitische Verschwörungstheorien, autoritäres, völkisches und nationalistisches Denken und ist menschenverachtend.

Rechte Strukturen und Querdenken

Nicht jede Person, die auf einer Querdenken-Demo mitläuft, ist ein Nazi. Allerdings fehlt eine Distanzierung zu Neurechten, rechten Hooligans und völkisch-esoterischen Nazis. Jede Person, die auf einer Querdenken-Demo mitläuft, muss sich daher bewusst sein, dass er oder sie Nazis eine Bühne gibt und sie ungehindert ihre menschenverachtenden Gedanken verbreiten lässt!

Querdenken in Kiel

Auch in Kiel fanden in den letzten Monate mehr Querdenken-Veranstaltungen statt, teilweise mit bis zu mehreren hundert Teilnehmer*innen. Auf größeren Veranstaltungen waren häufig rechte Akteure anzutreffen, vom landesweit bekannten Holocaustleugner Nikolai Nerling, über neurechte Youtuber bis hin zu lokalen AfDlern. Das Björn de Vil, einer der lokalen Hauptorganisatoren, sich halbherzig von rechten Gedankengut distanziert, wirkt dadurch unglaubwürdig.

Kein Widerstand, sondern Egoismus

Dass sich ein solcher Haufen an Sozialdarwinist*innen und Verschwörungsideolog*innen überhaupt als Widerstand versteht, ist eine Farce. Dies wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass soziale Forderungen fast vollständig fehlen. In dem sie das Masketragen zum Hauptproblem machen, verharmlosen sie die tödlichen Folgen des Virus und lenken von den mit der Pandemie zusammenhängenden sozialen Auswirkungen ab. Damit versperren sie den Blick für den notwendigen gesellschaftlichen Widerstand.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die rechte Denkmuster und Verschwörungstheorien erkennt, benennt und dagegen vorgeht:

- Sprecht an, wenn sich Bekannte oder Freund*innen ihre Informationen aus dubiosen Telegrammchannels oder Youtube Videos beziehen!
- Widersprecht, wenn behauptet wird ein Leben sei mehr wert als das Andere!
- Organisiert den antifaschistischen Widerstand im Stadtteil, in der Schule, auf der Arbeit und in eurem persönlichen Umfeld!
- Solidarität statt Recht des Stärkeren - auf die Straße gegen jeden Faschismus!

Echter Widerstand geht nur solidarisch und antifaschistisch – kein Raum für rechtsoffene Corona-Relativierer*innen!



GLOSSAR:

Das ist eine notwendigerweise unvollständige Aufzählung von komplexen und zum Teil kontroversen Begriffen. Zu vielem müsste mehr gesagt und diskutiert werden. Dazu sind alle herzlich eingeladen, das ist nur der Ansatz einer Erklärung.

*****: Das Gendersternchen ist eine Form der Sprache, die alle Geschlechter mit einschließt. Beispiel: "Leser*innen". Ausgesprochen wird es häufig als kleine Pause mitten im Wort.

Antifaschismus: Bewegung, die alle Arten von faschistischen und rechten Ideologien und Akteur*innen aktiv bekämpft und deren gesellschaftliche Ursachen beseitigen will.

Care-/Reproduktions-/Sorgearbeit: "privat" geleistete Tätigkeiten, wie Hausarbeit, Erziehung und Pflege, aber auch bezahlte Tätigkeiten im Bereich Gesundheit und Soziales. Traditionell wird von Frauen und queeren Personen erwartet diese Arbeit kostenlos zu machen.

Cis: Die Vorsilbe "cis" wird benutzt, um auszudrücken, dass eine Person sich mit dem Geschlecht identifiziert, das ihr bei der Geburt aufgrund körperlicher Merkmale zugeschrieben wurde.

Ideologie: Begründung und Rechtfertigung politischen Handelns durch eine Kombination von bestimmten Weltanschauungen und bestimmten Interessen und Absichten. Neben der Idee und Weltanschauung drücken Ideologien auch den Wunsch zur konkreten politischen und sozialen Umsetzung aus. Auch: Durch die jeweilige Lebenswelt bedingte unbewusste (falsche) Annahmen über gesellschaftliche Verhältnisse, die die Verschleierung von Herrschaft mit einschließt.

Klasse: Gruppe der Gesellschaft, deren Angehörige sich in der gleichen ökonomischen und sozialen Lage befinden, also ähnlich viel oder wenig Kapital und Macht besitzen.

Klassismus: Diskriminierungsform aufgrund der Zugehörigkeit zur ärmeren Klasse oder der Herkunft aus dieser. Richtet sich gegen die Würde von ärmeren Menschen und beschränkt deren gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit. (Antiklassistische Arbeit sollte stets politisch gedacht werden und Klassismus als Teil des Klassenkampfes betrachten. Ziel einer antiklassistischen Arbeit sollte eine klassenlose Gesellschaft sein.)

Kapital: bildet sich, wenn Güter produziert werden, die sich mit Gewinn verkaufen lassen. Das gewonnene Geld soll dann wieder investiert werden.

Kapitalismus: Wirtschaftsform, bei der die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen usw.) im privaten Besitz sind. Ziel ist nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Anhäufung von Kapital.

Neoliberalismus: Wirtschaftstheorie, laut der die Regierung so wenig wie möglich in wirtschaftliche Belange eingreifen soll. Es wird davon ausgegangen, dass der Markt sich selbst reguliert.

Patriarchat: Gesellschaftsordnung, bei der Männer gegenüber Frauen und anderen Geschlechtern in eine übergeordnete Position gestellt werden. Dadurch entsteht eine ungleiche Verteilung von Macht, Chancen und Ressourcen in der Gesellschaft.

Populismus: durch bereitwillige Anpassung an die jeweilige Lage aus Nützlichkeitsabwägungen geprägte, volksnahe, oft hetzerische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen. Hält sich oftmals nicht an Fakten oder wissenschaftliche Erkenntnisse.

prekär: bedeute so viel wie "unsicher" und "unfreiwillig". Gemeint ist damit unfreiwillige und oft existenzielle Unsicherheit, die sich auf Lebens- oder Arbeitsverhältnisse bezieht.

Queer: Selbstbezeichnung von Menschen, die nicht in die romantischen, sexuellen, und/oder geschlechtlichen Normen der Gesellschaft passen.



FÜR EINE SOLIDARISCHE LÖSUNG DER KRISEN FORDERN WIR:

KEIN DURCHREICHEN DER KRISENKOSTEN VON OBEN NACH UNTEN –

MAKE THE RICH PAY FOR COVID 19!

WIRKLICHE ANERKENNUNG GESELLSCHAFTSRELEVANTER ARBEIT UND SICHERE ARBEITSBEDINGUNGEN

FÜR ALLE – ZUSAMMEN FÜR DIE MENSCHEN ARBEITEN STATT SCHUFTEN FÜR'S KAPITAL!

HAUS- UND SORGEARBEIT GERECHT UND GEMEINSCHAFTLICH ORGANISIEREN –

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT ERKÄMPFEN!

GESUNDHEIT UND BILDUNG SIND KEINE WAREN AUF DEM KAPITALISTISCHEN MARKT –

VERGESELLSCHAFTUNG STATT PRIVATISIERUNG!

WOHNRAUM MUSS VERFÜGBAR, ERSCHWINGLICH UND SICHER FÜR ALLE MENSCHEN SEIN –

FÜR EIN RECHT AUF WOHNEN!

EVAKUIERUNG ALLER GEFLÜCHTETENLAGER AN DEN EU-AUBENGRENZEN UND

STOPP ALLER ABSCHIEBUNGEN – LEAVE NO ONE BEHIND!

DIE ZERSTÖRUNG DES KLIMAS KENNT KEINE QUARANTÄNE –

KLIMAGERECHTIGKEIT DURCHSETZEN!

KEINE AUSGANGSSPERREN UND EINSCHRÄNKUNGEN DEMOKRATISCHER GRUNDRECHTE –

SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT STATT STARKER STAAT!

ABSCHAFFUNG VON GEISTIGEN EIGENTUMSRECHTEN AUF PHARMAZEUTISCHE PRODUKTE –

GERECHTE UND GLOBALE VERTEILUNG VON IMPFSTOFFEN!